

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Frederik Lange und Bettina Meier

UN-Menschenrechtsrat verabschiedet Resolution zu Sri Lanka

Am 21. März hat der UNO-Menschenrechtsrat in Genf eine von den USA und europäischen Ländern eingebrachte Resolution verabschiedet, in der Sri Lanka erneut aufgefordert wird, konkrete Schritte zu Aufklärung der gegen Ende des Bürgerkriegs begangenen Menschen- und Völkerrechtsverletzungen zu unternehmen. Die Resolution lobt den bisher geleisteten Wiederaufbau, die Minenbeseitigung und Wiedereinsiedlung Vertriebener, fordert aber auch glaubwürdige Aktionen in Richtung Gerechtigkeit und Versöhnung. Ein Jahr nach Verabschiedung einer ähnlichen Resolution wird Sri Lanka damit nochmals gebeten, eine unabhängige und glaubwürdige Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen zu veranlassen und konkrete Aktionen einzuleiten, um die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Colombo wird zudem aufgefordert, mit den UNO-Berichterstattem zu kooperieren. Auch sollten endlich die im Dezember 2011 veröffentlichten Empfehlungen der Regierungskommission *Lessons Learnt and Reconciliation Commission* umgesetzt werden. Schließlich wird die Besorgnis des Menschenrechtsrates über die andauernden Berichte von Menschenrechtsverletzungen, Folter, Verschwindenlassen, Beschränkung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Diskriminierung, Einschüchterung von Regierungskritikern sowie die Beschneidung der Unabhängigkeit der Justiz zum Ausdruck gebracht. Die Resolution wurde mit 25 zu 13 bei acht Enthaltungen angenommen, auch Nachbar Indien stimmte für die Resolution. Pakistan, das dagegen stimmte, kritisierte den Vorgang als eine „willkürliche und politisierte Einmischung“ des Rates, die „eine negative Wirkung auf die in Sri Lanka im Gang befindliche Versöhnung“ habe. Der Vertreter Sri Lankas wies die Resolution als „inakzeptabel“ zurück. Forderungen von Menschenrechtsorganisationen nach einer unabhängigen, von internationalen Experten geführten Untersuchung wurden in der Resolution nicht berücksichtigt. Als entsprechend schwach muss die Resolution, die wenig mehr als einen Appell an die sri-lankische Regierung darstellt, gewertet werden. In einem im Februar 2013 erschienen Bericht hatte die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, beklagt, dass alle bisherigen Untersuchungen der Regierung zu Menschenrechtsverletzungen ergebnislos verlaufen seien.

Gute Entwicklungsindikatoren

In dem im April veröffentlichten jährlichen Entwicklungsbericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) erhält Sri Lanka wieder gute Noten. Es rangiert im Jahr 2012 auf Platz 92 von 197 Ländern und liegt anderen Ländern der Region weit voraus. Mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 75 Jahren, einer Alphabetisierungsrate von 92 Prozent und einer Kindersterblichkeit von 1,7 Prozent schneidet Sri Lanka vor allem in den Bereichen Bildung und Gesundheit hervorragend ab. Die von den Vereinten Nationen festgelegten Millenniums-Entwicklungsziele wird Sri Lanka fast vollständig erreichen. Lediglich im Bereich Geschlechtergleichheit hinkt das Land hinterher. Im politischen Leben sind Frauen so gut wie nicht vertreten: Nur 13 von 225 Parlamentariern sind weiblich, in den Distriktparlamenten sind Frauen meist gar nicht vertreten. Schuld daran seien die politischen Parteien sowie die weitverbreitete Gewalt während der Wahlen, die Frauen hindere, sich politisch zu engagieren, schreiben die Autoren des Berichts.

Bundestagsvizepräsident Thierse bereist Sri Lanka und Myanmar

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse war vom 6. bis zum 13. April 2013 zu politischen Gesprächen in Sri Lanka und Myanmar, wobei er von den Abgeordneten Paul Lehrieder (CDU/CSU), Wolfgang Gunkel (SPD) und Josef Philip Winkler (Bündnis 90/Die Grünen) begleitet wurde. Zweck des Besuchs war es, sich über die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen zu informieren. Im Fokus standen Menschen- und Bürgerrechte, die Stärkung der Demokratie und des Parlamentarismus, der interreligiöse Dialog sowie der nationale Aussöhnungsprozess. In Sri Lanka traf die Delegation mit Vertretern von Regierung und Opposition sowie mit Menschenrechtsaktivisten zusammen. In einem Interview zum Abschluss der Reise sagte Thierse, seine Gesprächspartner hätten höchst unterschiedliche Auffassungen vom Erfolg des Versöhnungsprozesses in Sri Lanka zum Ausdruck gebracht. Während Regierungsvertreter den Ausbau der Infrastruktur und den wirtschaftlichen Aufschwung im Norden und Osten Sri Lankas hervorhoben, hätten Vertreter der tamilischen Minderheit und Menschenrechtsaktivisten den Mangel an

Versöhnung und die fortwährende Benachteiligung der Tamilen beklagt.

Zweiter internationaler Flughafen eröffnet

Auf Sri Lanka ist Ende März ein zweiter internationaler Flughafen, der *Mattala Rajapaksa International Airport*, eröffnet worden. Medienberichten zufolge bietet der Flughafen vorerst keine Flüge nach Europa an – der Airport beschränkt sich vielmehr auf Verbindungen nach Saudi-Arabien und China sowie auf die Malediven. Der mit chinesischen Krediten finanzierte Flughafen liegt in Hambantota, dem Heimatbezirk von Präsident Rajapaksa, 200 Kilometer südöstlich der Hauptstadt Colombo, und in der Nähe beliebter Badestrände und Nationalparks. Der neue Flughafen hat eine Kapazität von rund einer Million Passagieren pro Jahr, auf der Landebahn können alle modernen Flugzeuge landen – darunter auch Maschinen vom Typ Airbus A380, dem größten Passagierflugzeug der Welt. Neben einem neuen Hafen, einem Cricketstadion und einem Konferenzzentrum ist der Flughafen das vierte Großprojekt in Hambantota.

Aufklärung zum Massengrab von Matale

Anfang April kündigte Präsident Rajapaksa an, eine Kommission solle die Todesumstände der im November 2012 in einem Massengrab bei Matale gefundenen Toten klären. Das Massengrab enthält die sterblichen Überreste von 154 Personen, die offenbar gefoltert worden waren. Die Grabstätte befindet sich auf dem Gelände einer von der Regierung geführten Klinik. Es wird davon ausgegangen, dass die Personen zwischen 1987 und 1990 ermordet wurden, als die linksgerichtete nationalistische Gruppe *Janatha Vimukthi Peramuna* (JVP) im Süden Sri Lankas einen blutigen Aufstand gegen die Regierung führte. Im Verlauf des Aufstandes wurden Zehntausende ermordet oder verschwanden.

Kricketspieler aus Sri Lanka in Indien nicht willkommen

Viel Aufregung unter den sri-lankischen Kricketfans verursachte im März die Ankündigung von Tamil Nadus *Chief Minister* J. Jayalalitha, sri-lankische Kricketspieler von der Teilnahme an den Spielen der renommierten *Indian Premier League* auszuschließen, falls diese auf dem Territorium von Tamil Nadu stattfinden. Als Begründung wurde angeführt, die Stimmung unter der tamilischen Bevölkerung des Bundesstaats sei zu aufgeheizt, um die Sicherheit der Sportler zu

gewährleisten. Trotz dieser Ankündigung und wochenlangender studentischer Proteste im Bundesstaat Tamil Nadu nahmen die Spieler schließlich doch an der *Premier League* teil, die am dritten April eröffnet wurde.

Tamilische Partei verlässt indische Regierungskoalition

Das Thema Kriegsverbrechen in Sri Lanka hat Ende März die indische Regierung gespalten. Am 19. März verließ die im südlichen Bundesstaat Tamil Nadu führende Partei DKM (*Dravida Munnetra Kazhagam*) die Regierungskoalition. Grund ist die nachgiebige Haltung Indiens gegenüber Sri Lanka im Hinblick auf die an den Tamilen in Sri Lanka begangenen Kriegsverbrechen. Im Vorfeld der UN-Menschenrechtsratsitzung hatte die DMK unter anderem gefordert, dass in der von der indischen Regierung mitgetragenen Resolution zu Sri Lanka von Genozid gesprochen wird. Die DKM, die über 18 Sitze im Unterhaus verfügt, zog ihre fünf Minister zurück und kündigte an, die Vorhaben der Regierung im Parlament nicht mehr zu unterstützen. Die Regierung ist nach dem Austritt der DKM deutlich geschwächt und dürfte vor den nächsten Wahlen 2014 kaum mehr wichtige Reformen verabschieden können.

Weiterhin Angriffe auf unabhängige tamilische Zeitung

Am 13. April wurden die Büros der tamilischen Zeitung *Uthayan* in Jaffna überfallen und in Brand gesetzt. Es handelte sich dabei um den zweiten Übergriff auf diese Zeitung innerhalb von zwei Wochen, wie Angestellte berichteten. *Uthayan* äußert sich regierungskritisch und sieht sich regelmäßig Repressionen ausgesetzt. 2011 wurde ein Redakteur der Zeitung brutal angegriffen, 2006 stürmten bewaffnete Männer die Büros und töteten zwei Angestellte. Eswarapatham Saravanan, Herausgeber von *Uthayan* und zugleich Parlamentarier für die *Tamil National Alliance*, schrieb die Übergriffe dem Militär zu.

Antrag der SPD-Fraktion zur Menschenrechtslage abgelehnt

Der Bundestag hat am 28. Februar einen Antrag der SPD abgelehnt, die März-Sitzungen des UN-Menschenrechtsrats zu nutzen und von Sri Lanka Rechtsstaatlichkeit sowie die Einhaltung der Menschenrechte und des Versöhnungsprozesses zu fordern. Die Bundesregierung sollte nach dem Willen der Fraktion unter

anderem den Versuchen der Exekutive, die Unabhängigkeit der Justiz in Sri Lanka einzuschränken, entgegenwirken und die im Januar erfolgte Amtsenthebung der obersten Richterin Dr. Shirani Bandaranayake verurteilen.

Commonwealth-Gipfel im November strittig

Ob das für November geplante Treffen der Regierungschefs des Commonwealth wie geplant in Sri Lanka stattfinden wird, erscheint zunehmend fraglich. Nachdem der kanadische Regierungschef Stephen Harper angekündigt hat, das Treffen zu boykottieren, regt sich auch in Großbritannien Widerstand. Das außenpolitische Komitee des Unterhauses rief Premierminister Cameron dazu auf, dem Gipfel fernzubleiben, und britische Zeitungen warnten davor, dass eine Teilnahme von Königin Elizabeth II. vom Regime in Colombo zu Propagandazwecken missbraucht werden könnte. Der australische Völkerrechtler Geoffrey Robertson riet in einem Bericht für den englischen Anwaltsverband ebenfalls zum Boykott der Veranstaltung. Die unrechtmäßige Absetzung der Obersten Richterin im Januar dieses Jahres stelle einen gefährlichen Präzedenzfall dar und dürfe vom Commonwealth nicht geschluckt werden, schrieb er. Außenminister G.L. Peiris hatte die Wahl Sri Lankas als Gastgeber für das Gipfeltreffen als „uneingeschränkten Triumph für Sri Lanka“ bezeichnet; ohne die Teilnahme wichtiger Regierungsvertreter droht das Treffen nun zur Peinlichkeit zu werden.

Übergriffe gegen Muslime

In den vergangenen Monaten wurde die zweitgrößte Minderheit im Land, die Muslime, die acht Prozent der Bevölkerung Sri Lankas stellen, vermehrt Ziel scheinbar gewalttätiger Angriffe und Hetzkampagnen. In einem im März veröffentlichten Bericht spricht die *Minority Rights Group* von wachsender Islamophobie und warnt, die Regierung müsse sich deutlich von fundamentalistisch-buddhistischen Gruppen distanzieren, die angeblich hinter den Angriffen stehen. Dabei ist vor allem die radikale Mönchsvereinigung *Bodu Bala Sena (Buddhist Power Force)* zu nennen, die im Februar ein Verbot der Zertifizierung von Lebensmitteln als *halal* (nach muslimischen Regeln hergestellte Lebensmittel) sowie das Verbot der *burqa* gefordert hatte. Beides sei eine Beleidigung für die singhalesisch-buddhistische Bevölkerungsmehrheit. Am 28. März wurde ein bekanntes Textilgeschäft in Colombo, das einem muslimischen Geschäftsmann gehört, von einem von buddhistischen Mönchen an-

geführten Mob gestürmt und in Brand gesetzt. Anfang Mai wurde der ehemalige Vizebürgermeister von Colombo und bekannte Regierungskritiker, Azad Sally, verhaftet. Die von ihm neu gegründete *Muslim Tamil National Alliance* tritt für ethnische und religiöse Eintracht ein, Sally hatte die *Bodu Bala Sena* mehrfach öffentlich kritisiert.

Neuer Bericht von *Amnesty International*

Es wird in Sri Lanka immer gefährlicher, eine vom Regierungskurs abweichende politische Meinung öffentlich zu vertreten. In dem im April von *Amnesty International* veröffentlichten Bericht *Assault on Dissent (Angriff auf die Meinungsfreiheit)* listen die Autoren akribisch Überfälle, Ermordungen, Hetzkampagnen, willkürliche Verhaftungen und andere Übergriffe gegen Menschenrechtsaktivisten, Richter, Journalisten und Oppositionelle seit dem Jahr 2006 auf. „Gewalttätige Unterdrückung von Dissens und die Konsolidierung politischer Macht gehen in Sri Lanka Hand in Hand“, sagte Polly Truscott, *Amnestys* stellvertretende Direktorin für Asien und den Pazifik. „In den letzten Jahren ist der Spielraum für Kritik drastisch geschrumpft. In Sri Lanka herrscht ein Klima der Angst, in dem diejenigen, die es wagen, die Regierung zu kritisieren, oftmals schwer für ihren Mut büßen müssen.“ Der Begriff *traitor* (Verräter) wird vor allem in den staatlichen Medien immer häufiger für Regierungskritiker angewandt; die so Gebrandmarkten werden zum Freiwild.

Einreiseverbot für britischen Touristen wegen Buddha-Tätowierung

Am 16. März wurde ein britischer Tourist am Flughafen von Colombo kurzzeitig festgehalten und verhört, da den Grenzschützern sein Buddha-Tattoo aufgefallen war. Nach Angaben eines Beamten äußerte er sich während des Verhörs respektlos über den Buddhismus. Daraufhin wurde ihm die Einreise verwehrt. Dies geschah laut den Behörden zu seiner eigenen Sicherheit, da das Tattoo und die Äußerungen des Briten die Bevölkerung provozieren und einen Zwischenfall verursachen könnten. Die Missachtung Buddhas gilt in Sri Lanka als Tabu und Touristen sind aufgefordert, religiöse Artefakte und Bräuche zu respektieren. Letztes Jahr waren drei Franzosen zu sechs Monaten Arbeitslager auf Bewährung verurteilt worden, weil sie für Fotos mit einer Buddha-Statue posiert hatten. 2010 wurde dem afroamerikanischen Sänger Akon die Einreise verwehrt, da in einem seiner Videos leicht bekleidete Frauen um eine Buddha-Statue herum tanzten.